

## Information zum Datenschutz gem. Art. 13 DS-GVO

### 1. Bezeichnung des Verarbeitungsvorgangs

Rechte im Zusammenhang mit der Gewährung von Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG)

### 2. Kontaktdaten des Verantwortlichen

Kreisverwaltung Neuwied  
Unterhaltsvorschusskasse, Antje Escher  
Wilhelm-Leuschner-Straße 9  
56564 Neuwied  
Tel.: +49 (0) 2631-803 -0  
Telefax: +49 (0) 2631-803 -665  
E-Mail: [jugendamt@kreis-neuwied.de](mailto:jugendamt@kreis-neuwied.de)  
Website: <https://www.kreis-neuwied.de>

### 3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Kreisverwaltung Neuwied  
Datenschutzbeauftragter  
Augustastrasse 7-8  
56564 Neuwied  
Telefon: +49 (0) 2631-803 625  
E-Mail: [datenschutz@kreis-neuwied.de](mailto:datenschutz@kreis-neuwied.de)

### 4. Zwecke der Datenverarbeitung

Personenbezogene Daten werden zur Bearbeitung des Antrags auf Leistungen nach dem Unterhaltsvorschussgesetz (UhVorschG) erhoben und verarbeitet. Dies beinhaltet auch die Verarbeitung der personenbezogenen Daten bei der Durchsetzung des auf das Land übergegangenen Unterhaltsanspruches gegen den Elternteil, bei dem das Kind nicht lebt, sowie bei der Abwicklung von eigenen Erstattungsansprüchen, bzw. Erstattungsansprüchen anderer Sozialleistungsträger. Des Weiteren werden personenbezogene Daten zu Prüfzwecken dem Bundes- bzw. Landesrechnungshof Rheinland-Pfalz, sowie zur Bekämpfung von Leistungsmissbrauch erhoben.

### 5. Rechtsgrundlage(n) der Datenverarbeitung

Die Rechtsgrundlage für die Erhebung und Verarbeitung der zuvor genannten Daten ist Art. 6 lit c der Datenschutzgrundverordnung (DS-GVO) i.V.m. § 68 Nr.1 14 Erstes Buch Sozialgesetzbuch (SGB I) und den §§ 67ff Zehntes Buch Sozialgesetzbuch (SGB X), sowie die §§1,2-4,7 UhVorschG.

## **6. Betroffene Person(en)**

Es werden Daten erhoben von den anspruchsberechtigten Kindern und deren Eltern.

## **7. Kategorien der personenbezogenen Daten**

Insbesondere folgende Datenkategorien werden vom Beistand verarbeitet:

- Daten zur persönlichen Identifikation (zum Beispiel: Name und Vorname, Geburtsdatum, Anschrift, Telefonnummer, E-Mail-Adresse, Staatsangehörigkeit, Beruf.
- Daten zur finanziellen Situation (zum Beispiel: Gehaltsabrechnungen, Einkommensbelege Selbständiger, Steuerbescheide, Sozialleistungsbescheide, Bankverbindung)
- Soziodemographische Angaben (zum Beispiel: Geschlecht, Familienstand, Sorgerechtsregelungen)
- Angaben bezüglich der Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen nach dem UhVorschG (Geburtsurkunde, Schulbescheinigung, Meldebescheinigung etc.)

Besondere Kategorien personenbezogener Daten (sogenannte „sensible“ Daten, zum Beispiel Gesundheitsdaten) erheben wir ausschließlich, wenn dies zur Bearbeitung (Unterhaltsrechtliche Leistungsfähigkeit und Erfüllung der Anspruchsvoraussetzungen) notwendig ist.

## **8. Empfänger oder Kategorien von Empfängern der personenbezogenen Daten**

Empfänger personenbezogener Daten sind:

- andere Sozialleistungsträger, soweit dies für die gesetzliche Aufgabenerfüllung (§69 Abs. 1 SGBX) der betroffenen Leistungsträger erforderlich ist. (z.B. Deutsche Rentenversicherung, Krankenversicherung, Jobcenter, Bundesagentur für Arbeit)
- Beistände im Rahmen der treuhänderischen Rückübertragung der Unterhaltsansprüche
- Finanzämter
- Gerichte
- Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
- Bundesministerium für Arbeit und Soziales
- Bundesministerium des Innern
- Bundesministerium für Justiz und Verbraucherschutz
- Bundeszentralamt für Steuern
- Bundesamt für Finanzen
- Bundesrechnungshof
- Landesrechnungshof
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge
- Landesministerium für Familie, Frauen, Jugend, Integration und Verbraucherschutz
- Landesjugendamt
- Insolvenzverwalter, Gerichtsvollzieher
- Deutsches Institut für Jugendhilfe und Familienrecht e.V.
- Ausländerbehörde
- IT-Dienstleister/Forschungsinstitute
- Arbeitgeber/Ausbildungsbetrieb
- Versicherungsunternehmen
- Darüber hinaus können folgende Institutionen Ihre persönlichen Daten erhalten:

- Ihre Bank
- Aufsichtsbehörden
- Strafverfolgungsbehörden

## **9. Übermittlung an ein Drittland**

In Einzelfällen können Daten zur Durchsetzung von Unterhaltsansprüchen an Behörden, oder Gerichte in Drittländern weiter gegeben werden.

## **10. Dauer der Speicherung**

Die Daten werden grundsätzlich nicht länger gespeichert, als sie für die jeweiligen Verarbeitungszwecke benötigt werden. Eine darüber hinausgehende Speicherung erfolgt ausschließlich zur Erfüllung gesetzlicher Aufbewahrungsfristen. Diese können sich zum Beispiel aus der Bundes-oder Landeshaushaltsordnung, der Abgabenordnung oder dem Handelsgesetzbuch ergeben und bis zu zehn Jahre betragen. Bei einer Löschung sind die archivrechtlichen Anbietungspflichten nach § 6 LDSG Rheinland-Pfalz zu beachten.

## **11. Betroffenenrechte**

Jede von einer Datenverarbeitung betroffene Person hat nach der Datenschutz-Grundverordnung insbesondere folgende Rechte:

- Recht auf Auskunft über die zu ihrer Person gespeicherten personenbezogenen Daten und deren Verarbeitung (Art. 15 DS-GVO)
- Recht auf Berichtigung, soweit sie betreffende Daten unrichtig oder unvollständig sind (Art. 16 DS-GVO)
- Recht auf Löschung der zu ihrer Person gespeicherten Daten, soweit eine der Voraussetzungen nach Art. 17 DS-GVO zutrifft. Art. 17 Abs. 3 DS-GVO enthält Ausnahmen vom Recht auf Löschung zur Ausübung der Meinungs- und Informationsfreiheit, zur Erfüllung rechtlicher Speicherpflichten, aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit, für öffentliche Archivzwecke, wissenschaftliche, historischen und statistische Zwecke sowie zur Durchsetzung von Rechtsansprüchen.
- Recht auf Einschränkung der Verarbeitung nach Art. 18 DS-GVO, insbesondere
  - soweit die Richtigkeit der Daten bestritten wird, für die Dauer der Überprüfung der Richtigkeit;
  - wenn die Daten unrechtmäßig verarbeitet werden, die betroffene Person aber statt der Löschung die Einschränkung der Verarbeitung verlangt;
  - wenn die betroffene Person die Daten zur Geltendmachung oder Ausübung von Rechtsansprüchen oder zur Verteidigung gegen solche benötigt und deshalb nicht gelöscht werden können, oder

- wenn bei einem Widerspruch nach Art. 21 Abs. 1 DS-GVO noch nicht feststeht, ob die berechtigten Interessen der Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
- Recht auf Widerspruch nach Art. 21 DS-GVO gegen die Verarbeitung personenbezogener Daten aus persönlichen Gründen, soweit kein zwingendes öffentliches Interesse an der Verarbeitung besteht, das die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegt, oder die Verarbeitung der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen dient.

## **12. Beschwerderecht**

Jede betroffene Person hat das Recht auf Beschwerde beim Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit Rheinland-Pfalz (55116 Mainz, Hintere Bleiche 34, Tel.: 06131/2082449, Mail: [poststelle@datenschutz.rlp.de](mailto:poststelle@datenschutz.rlp.de)), wenn sie der Ansicht ist, dass ihre personenbezogenen Daten rechtswidrig verarbeitet werden.

**Stand der Information: Juni 2019**